



Drucken



Fenster schließen

18.10.2008

Warnung vor privaten Investoren

Von Manfred Wawra

Kreis Offenbach/Egelsbach. Die Opposition im Kreis fährt schweres Geschütz gegen den Betreiber des Flugplatzes Egelsbach auf, an dem der Kreis beteiligt ist. Auch Landrat Peter Walter (CDU), in seiner Funktion als Aufsichtsratschef der Hessischen Flugplatz GmbH (HFG), bekommt sein Fett ab. Die Freien Wähler ärgern sich über die schlechte Informationspolitik. FWG-Fraktionsvorsitzender Holger Gros sagt: «Wir kritisieren die irreführenden Informationen über die wirtschaftliche Lage der HFG.» So sei verschwiegen worden, dass die drohende Insolvenz der HFG nur mit einer Kapitalerhöhung seitens der Gesellschafter vermieden werden könne. Hier sei Landrat Walter in seiner Funktion als Aufsichtsratsvorsitzender der Flugplatzgesellschaft gefordert, etwas gegen die Geschäftsführung der HFG zu unternehmen.

Die Kreis-FWG bemängelt auch die aus ihrer Sicht nicht richtig durchgerechneten Investitionen. Als Beispiel nennt die FWG den Bau von zwei Flugzeughallen, eine Investition von etwa zwei Millionen Euro, ohne dass dafür Vermietungsverträge abgeschlossen worden seien. Aus dem Kreis-Beteiligungsbericht zitierend führt Gros Mietverluste von mehreren 100 000 Euro auf.

Für Flugplatzchef Peter Lehmann ist die Kritik nicht nachvollziehbar: «Die Hallen sind nach dem Bedarf unserer Kunden gebaut worden. Jeder, der ein neues Haus baut, um darin Wohnungen zu vermieten, weiß, dass er meist erst mal mit einem gewissen Leerstand rechnen muss.» Diese Phase sei auf dem Flugplatz aber schon längst abgeschlossen, «inzwischen verdienen wir mit der Vermietung der Hallen gutes Geld», so Lehmann. Eine Business-Aviation-Messe, wie sie für den November geplant sei, wäre ohne die Hallen nie nach Egelsbach gekommen.

Die Freien Wähler fordern weiter: Bevor der Kreistag über eine Kapitalaufstockung entscheidet, solle dem Gremium der bereits angekündigte Masterplan zum Flugplatz Egelsbach vorgelegt werden. Gros sagt: «Bevor wir weiteren Schritten zustimmen, muss klar sein, wie die Auswirkungen des Flugplatzbetriebes auf die Finanzen des Kreises und der anderen beteiligten Kommunen sind.» Auch müsse über die ökologischen Auswirkungen des Flugbetriebes geredet werden.

Lehmann kündigte an, am 23. Oktober werden sich Aufsichtsrat und Gesellschafter der HFG erneut treffen, um über die weitere Vorgehensweise bei der Entwicklung des Flugplatzes zu beraten. Dabei gehe es auch um die Frage, ob zusätzliche private Investoren aufgenommen werden, um frisches Kapital für die dringend notwendigen Investitionen am Landeplatz zu erhalten. «Wir arbeiten derzeit noch fieberhaft an mehreren alternativen Denkansätzen», so Lehmann.

Für die Kreis-Grünen hängt ein Damoklesschwert über der Region, wenn Private beim Flugplatz in Egelsbach einsteigen. Dies sei dann «der Ausstieg aus den vertraglich festgelegten Flugbeschränkungen», warnt Grünen-Fraktionssprecher Reimund Butz. «Wir befürchten, dass der Druck auf die Flugplatzgesellschaft enorm steigen wird, Linien- und Charterflüge zuzulassen und Beschränkungen hinsichtlich Flugzeugtypen und Lärm fallen zu lassen.» Die Beschränkungen wie die maximale Zahl der jährlichen Flugbewegungen müsse weiterhin Gültigkeit behalten.

Für die Kreis-Grünen drohe so eine «Südbahn light» zum großen Airport in Frankfurt. Gerade in Rödermark häuften sich die Beschwerden der Menschen wegen des wachsenden Lärms von den Geschäftsfliegern. Butz kündigt an, die Grünen würden im Kreistag einen Antrag stellen, um den weiteren Ausbau zu verhindern.

Die Grünen werfen dem Aufsichtsratsvorsitzenden Walter, aber auch Flugplatzchef Lehmann zudem «Missmanagement im Mix mit einer Zockermentalität» vor. Butz fragt: «Warum wird erst jetzt mit der Erarbeitung eines Masterplans begonnen, auf welcher Grundlage wurde bisher der Flugplatz gesteuert und entwickelt?» Der angekündigte Masterplan müsse aus Sicht der Grünen ein realistisches Bild darstellen, welches die Subventionen mit Steuergeldern beendet und die weitere Entwicklung des Flugplatzes klar reguliert.

«Wir dürfen nicht unser gutes Geld schlechtem Geld hinterherwerfen», warnt FDP-Kreistagsabgeordneter Gerhard H. Gräber in Anspielung auf die vorgesehene Kapitalerhöhung. Die FDP sollte diese ablehnen. Hier werde mit Steuermitteln einem privaten Investor der preisgünstige Einstieg in die HFG ermöglicht.